Die "Flüchtlingskrise" humanistisch und solidarisch meistern

Wie wir es wirklich schaffen können

von Conrad Schuhler / Vorsitzender des isw (Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.)

Seit Jahren sprechen die Soziologen davon, dass es in Deutschland fremdenfeindliche Einstellungen bei bis zu 20 % der Bevölkerung gibt. Bei uns zulande aber glaubte man bisher, schreibt die Süddeutsche Zeitung nach den Landtagswahl in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, dass dieser sogenannte Bodensatz ohne charismatische Führungsfigur wie Le Pen [3] in Frankreich oder Orbán [4] in Ungarn nicht aktiviert werden könne. Solche Führungsfiguren seien aber jetzt in Deutschland durch den zur Unperson erklärten "Flüchtling" ersetzt worden. "Diese Unperson ist die Leitfigur der AfD geworden; sie hat das Flüchtlingsthema zur Generalmobilisierung genutzt."

Dass es dazu kommen konnte, ist auf eine lange Praxis der Politik, der Medien und des öffentlichen Diskurses zurückzuführen. Ich möchte mit fünf Zitaten westlicher Intellektueller, Journalisten und Politiker der letzten Wochen zur Flüchtlingsfrage in diesen heiklen Punkt unseres Themas führen. Das erste Zitat lautet: "Kommen Sie nicht nach Europa". So sprach der EU-Ratspräsident Donald Tusk [5] bei einem Besuch in Istanbul zu den Flüchtlingen aus aller Welt. Dies ist das Mantra der Abschrecker, die wahre Formel der Politik der EU, inklusive der deutschen Regierung.

Das zweite geht so: "Die deutsche Regierung hat sich in einem Akt des Souveränitätsverzichts der Überrollung preisgegeben." So formulierte <u>Peter Sloterdijk</u> [6], Philosophieprofessor in Karlsruhe und Lautsprecher der konservativen, fremdenfeindlichen Teile unseres Landes. Er sagt überrollt, anderswo heißt es überflutet. Auf jeden Fall kommt aus der rechten Weltsicht Fremdes über uns, das abzuwehren ist.

Das dritte Zitat ist aus dem Spiegel und benennt eine bestürzende Wahrheit:"Es zeichnet sich eine neue Arbeitsteilung ab. Wir sind für den Humanismus zuständig, die anderen für die Härte. Es ist zynisch: Merkel kann sich Gesinnungsethik erlauben, weil Viktor Orbán das Grobe erledigt." Mit dem EU-Türkei-Deal wird dieses Verfahren fortgesetzt. Die Türkei – offener Unterstützer einer terroristischen Organisation in Syrien, alles andere als ein sicheres Drittland, vielmehr führt der Staat Krieg in den Kurdengebieten gegen die PKK – dieser Mitverursacher des Flüchtlingselends erhält Milliarden dafür, dass er Europas Grenzen dicht macht. Das wird als "europäische Lösung" verkauft. Deutschland und andere können sich im stacheldrahtbewehrten Europa weiter als Humanisten aufführen.

Das vierte Zitat stammt von Miriam Meckel [7], der Chefredakteurin der Wirtschaftswoche: "Die Flüchtlingskrise wird uns viele Milliarden kosten. Das können wir ohne Steuererhöhungen schaffen – wenn wir auf neue soziale Wohltaten verzichten." Also: Kosten aufbringen, aber zu Lasten der Armen bei uns.

Das letzte Zitat in dieser Einstimmung in unser Thema ist von Heribert Prantl [8] in der SZ: "Der bisher noch halb verdeckte Rassismus wird offen, und der bisher schon offene Rassismus wird zum Getöse. Rechtspopulisten und Rechtsextremisten führen sich auf, als sei die kriminelle Silvesternacht in Köln ein deutsches Erweckungserlebnis." Wie tief dieses deutsche Erweckungserlebnis nachhallt, haben die Landtagswahlen in drei Bundesländern am vergangenen Wochenende offenbart. Die AfD hat zwischen 12 und 24 % der Stimmen eingefahren.

► Die Fehlentwicklungen der deutschen Flüchtlingspolitik: Abschottung und Gefängniswärter Türkei

Mit unserem Zitaten-Feuerwerk beleuchten wir grundlegende Fehlentwicklungen der sogenannten Flüchtlingskrise:

Die erste Antwort der deutschen und übrigen europäischen Eliten lautet: Abschottung. Die Millionen versehrter und hilfsbedürftiger Menschen werden nicht als eine humanistische Herausforderung verstanden, sondern als "Überrollung", "Überflutung", als "Wellen voll von Unheil", gegen die man Abwehrdämme errichten muss. Nicht zuletzt auch militärische. Seit 2004 arbeitet die Frontex [9], die "Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Europäischen Union". Seit Anfang Februar 2016 wird sie ergänzt durch einen Marineverband der NATO, der von einem Schiff der Bundesmarine geführt wird.

Die Hetzparolen für die Abschottungspolitik lauten u.a.: "Das Boot ist voll", "Wir sind nicht das Sozialamt der Welt". Derzeit sind 62 Millionen Menschen auf der Flucht. In Deutschland sind 2015 wohl rund 700.000 angekommen und geblieben. [Anm. ADMIN: das legt destatis <u>andere Zahlen</u> [10] vor!). Es dreht sich also nicht um die "ganze Menschheit", die bei uns anklopft, wie der Münchner <u>Kardinal Marx</u> [11] meint. Ein gutes Prozent, ein Hundertstel der Flüchtlinge also, kommt nach Deutschland. Wie wir das bewältigen können, ohne die hilfsbedürftigen Schichten bei uns zu benachteiligen, will ich abschließend erörtern.

In Deutschland sind über 12 Millionen Menschen armutsgefährdet, denen muss viel entschiedener beigestanden werden als bisher; auf keinen Fall dürfen die deutschen Armen gegen die Migranten-Armen ausgespielt werden. Der Spruch der Wirtschaftswoche-Chefin, wir könnten die Flüchtlingskrise ohne Steuererhöhungen schaffen, "wenn wir auf neue soziale Wohltaten verzichten", muss ihr, sinnbildlich natürlich, in den Rachen zurück gestopft werden.

• Der zweite Einfall der politischen Eliten ist der Ausbau der Türkei zu einem Zwinger für alle Flüchtlinge, die sich auf den Weg nach Europa machen. Dafür werden der Türkei schon für das erste Jahr 8 Milliarden Euro EU-Geld zugewiesen, damit sie ihr Land zu einem Flüchtlingsgefängnis in großem Stil ausbaut. Das Widerwärtige liegt natürlich nicht darin, dass der Türkei Mittel zufließen, um die Lebenslage der Flüchtlinge zu verbessern, sondern dass sie dies für den Preis tun soll, dafür die Flüchtlinge im Land verschlossen zu halten. Nur ein kleiner Prozentsatz der 2,5 Millionen Syrer in der Türkei lebt in vom Staat und dem UNHCR [12] organisierten Lagern. Der Großteil lebt "frei" und ohne Unterstützung im Land. Bei dichten Grenzen zur EU wird der Druck illegaler Migration auf die Grenzen nicht abnehmen. Und wofür der offen terroristische Staat Türkei die EU-Milliarden einsetzen wird, ist noch ebenso offen. Der Gefängniswärter Türkei wird sich weiter als Verursacher der Flüchtlingsbewegungen betätigen.

Frau Merkel will diese Finanzierung der Türkei sogar als Bekämpfung der Fluchtursachen verkaufen. Das aber ist eine absurde Umkehrung des Problems. <u>Für Merkel ist das Problem gelöst, wenn die Flüchtlinge außen vor bleiben, jenseits der EU-Grenzen.</u> Es geht aber nicht darum, etwas attraktivere Gefängnisse für die Flüchtlinge an den Grenzen zu bauen, sondern Lebensbedingungen zu schaffen, sodass sie in ihren heimatlichen Regionen in Würde und anständigen materiellen Bedingungen ihr Leben entfalten können.

► Was macht das bisher unmöglich, was zwingt die Menschen, ihre Heimat zu verlassen?

Schaut man sich die Liste der Haupt-Herkunftsorte von Flüchtlingen an, so springen zwei Zusammenhänge ins Auge. <u>Die Hauptursprungsländer sind Regionen, wo intensiv und verheerend Kriege herrschen</u>. Und zweitens: <u>Die Länder gehören</u> allesamt zu den ärmsten der Welt.

Schon die Feststellung von PRO ASYL [13], dass 69% derjenigen, die in Deutschland Asylanträge stellen, aus "Bürgerkriegsländern" kommen, verweist auf den inneren Zusammenhang von Krieg und Flucht. Der "Global Peace Index" (GPI [14]), der vom Institute for Economics and Peace (EP [15]) in den USA ermittelt wird, belegt die Korrelation noch eindeutiger. Der Index rubriziert anhand von 22 Indikatoren den relativen "Friedensstatus" von 162 Ländern. Je weiter vorne ein Land, desto friedlicher geht es darin zu; je weiter hinten, umso kriegerischer und zerstörerischer. Die letzten fünf Länder, von Rang 158 bis 162, sind: Somalia; Irak; Süd-Sudan; Afghanistan und Syrien als das letzte, also am meisten vom Krieg verwüstete.

Syrien, Afghanistan und Irak sind die Haupt-Herkunftsländer von Flüchtlingen in Deutschland, Syrien mit weitem Abstand führend. Kriege sind also der wesentlichste Grund für die "Große Flucht", für die globale Völkerwanderung unserer Zeit.

► Wer, welche Faktoren sind für die Kriege verantwortlich?

Jährlich gehen 2,3 % des Welt-BIP in die Rüstung, 1700 Milliarden Dollar. Das ist nicht nur ein Geschäft erster Ordnung, es schafft auch die Grundlage für die Machtverteilung in der Welt. In der Strategie der NATO heißt es, dass diese Weltordnung dort, "wo nötig", mit militärischen Mitteln garantiert wird. Es geht um die Sicherung der wichtigsten Rohstoffregionen und vor allem auch über die Kontrolle der weltweiten Transportwege, die strategische Größe in der globalen Wirtschaft.

Zur Rüstungspolitik gehört der Rüstungsexport, die systematische Unterstützung lokaler/regionaler Kräfte mit Waffen. Deutschland hat 2015 seine Waffenexporte gegenüber 2014 fast verdoppelt, auf etwa 13 Milliarden Euro. 60 % der deutschen Waffenexporte gehen in die sogenannten Drittstaaten außerhalb der NATO. In erster Linie nach Katar, Saudi Arabien und Algerien. Nach Großbritannien ist Israel der Hauptempfänger deutscher Waffen. Die deutschen Waffenexporte landen also vor allem dort, wo Bürgerkriege geführt werden. Allein ein Verbot von Rüstungsexporten in Krisengebiete würde die deutschen Rüstungsexporteure Aufträge von 3,3 Milliarden Euro im Jahr kosten. Ohne einen entschiedenen politischen Kampf wird da nichts zu verbessern sein.

Die zweite Ursache für die Große Flucht ist ebenso offensichtlich, nämlich Armut und soziales Elend. Im "Human Development Index" (HDI [16]) erstellt das United Nations Development Programme UNDP [17]) jährlich einen Index menschlicher Entwicklung. Er misst die Qualität des menschlichen Lebens anhand der Faktoren "Lebenserwartung zur Zeit der Geburt", "durchschnittliche Schuljahre", "zu erwartende Schuljahre" und "Pro-Kopf-Einkommen". Von den vier Haupt-Herkunftsländern der Flüchtlinge liegt Syrien auf Platz 118, Irak auf 120, Sudan auf 166, Afghanistan auf 168. Die Flüchtlinge wollen also sowohl den mörderischen Kriegen wie der hoffnungslosen sozialen und materiellen Perspektive in ihren Ländern entkommen.

Wer für Hunger und globale Armut?

Hunger und Armut sind globale Massenerscheinungen. Nach Angaben der UN leben derzeit 800 Millionen Menschen von

weniger als 1,25 Dollar pro Tag. Auch die US-Regierung, wie auch die deutschen Hartz IV-Gesetze sehen 5 Dollar am Tag als notwendig zum Überleben an. Dieses globale Elend ist das Ergebnis der neoliberalen Dominanz über die Welt. Allein die Auslandstöchter der Transnationalen Konzerne erwirtschaften rund 10 % des Weltsozialprodukts. Mit den Flüchtlingsströmen aus der Dritten Welt kommt die globale Armut zu deren Verursachern, den Eliten der Ersten Welt.

► Der Westen ist der Haupt-Verursacher der Klima-Katastrophe

Es gibt noch eine dritte wesentliche Ursache der Flüchtlingsströme: die fortschreitende Klima-Katastrophe. In einer aktuellen Studie rechnet Greenpeace vor, dass es heute bereits 20 Millionen Klimaflüchtlinge gibt. Geht die Umweltzerstörung weiter wie bisher, werden 2040 – und das ist bald – 200 Millionen Menschen aus diesem Grund ihre Heimatregionen verlassen haben. Greenpeace argumentiert, dass der menschengemachte Klimawandel wie ein Katalysator den Wassermangel, Hunger, die Destabilisierung und gewalttätige Konflikte noch verschärfen wird. Und wenn wir sagen, der Klimawandel ist menschengemacht, dann ist gemeint, er ist im Wesentlichen zurückzuführen auf die Produktions- und Lebensweise des Westens. Die reichsten 10 % der Weltbevölkerung sind für die Hälfte aller Emissionen verantwortlich. Die ärmsten 50 % produzieren nur ein Zehntel aller Treibhausgase (OECD [18])

Bei allen drei Grundursachen der Flüchtlingsbewegungen kommen wir zu dem Ergebnis, dass die erste Verantwortung dafür der Westen trägt, sein ökonomisches und politisches System. Unsere Gesellschaften stehen, als Verursacher für ihr Elend, in der Verantwortung für die Flüchtlinge. Zu sagen, wir werden überrollt, wir seien nicht das Sozialamt für die ganze Welt, ist ein zynischer Versuch, dieser Verantwortung zu entgehen.

► Wie hoch sind die Kosten der Integration?

Kommen wir zu der Frage: Wie können wir das schaffen? Ich halte nichts von der Position mancher Linker, die sagen, die Kosten sind gar nicht so hoch, wir schaffen das mit links, sozusagen aus der Portokasse. In Wahrheit sind die Kosten einer menschenwürdigen Integration sehr hoch. Dies gilt auf jeden Fall für die ersten Jahre der Integration. Das "Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung" (DIW [19]), ein dem großen Kapital nahestehendes Institut, hat eine Untersuchung herausgegeben mit dem Titel: Integration von Flüchtlingen – eine langfristig lohnende Investition. Die Forscher dort kommen zu dem Ergebnis, dass der Break even-point zwsichen positiven und negativen finanziellen Effekten der Flüchtlinge des Jahres 2015, also der Zeitpunkt, wenn Kosten und durch sie entstehende Einnahmen sich ausgleichen, im günstigten Fall 2018, im negativsten 2025 und bei durchschnittlichem Verlauf 2020 erreicht wird. In den ersten Jahren nach der Migration überwiegen stets die Kosten, wie wir sie jetzt darstellen.

Wir haben es mit drei Arten von Kosten zu tun.

- Erstens die direkten Kosten im Zusammenhang mit der Unterkunft und Versorgung der ankommenden Flüchtlinge. Sie betragen in Deutschland mindesten 10 Milliarden Euro jährlich für eine Million Flüchtlinge. So sagt es auch der Deutsche Städtetag (DST [20]) und die deutschen Länder.
- Zweitens die sogenannten Integrationskosten, wo es um ausreichenden Wohnraum, um Integration in den Arbeitsmarkt, um Sprach- und Integrationskurse, um Kitas für Kinder und Unterricht für Jugendliche, um die Nachholung von Ausbildungsabschlüssen und um Weiterbildung, um medizinische Versorgung geht. Allein für die 200.000 für Flüchtlinge benötigten neuen Sozialwohnungen müssen rund 20 Milliarden Euro aufgebracht werden; Die Gesundheitsversorgen für 1 Million Flüchtlinge erfordert nach Angaben der Bundesregierung weitere 2,3 Milliarden Euro pro Jahr.
- Drittens haben wir es mit sogenannten allgemeinen Kosten zu tun (die Kategorien wurden vom Deutschen Städtetag formuliert), die für andere Bevölkerungsgruppen im Ergebnis der Integration zustande kommen, sowohl in Deutschland wie international. Allein in den sogenannten Frontstaaten, insbesondere der Türkei, sind in den nächsten drei bis fünf Jahren nach Ansicht von George Soros [21] und anderer Experten mindestens 40 Milliarden Euro zu veranschlagen. Sie müssten dort, das ist eine wesentliche Forderung, unter dem Kommando des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR [12]) umgesetzt werden. Nimmt man die Aufteilung der 10-Milliarden-Euro-Unterstützung der EU für die Türkei als Muster, entfallen von den 40 Milliarden knapp 13 Milliarden auf Deutschland, pro Jahr 3 bis 4 Milliarden. Damit läge die Belastung des Landes durch die Bewältigung der Flüchtlingsprobleme bei rund 44 Milliarden jährlich.

Da haben wir noch nicht einbezogen die Kosten, die entstehen durch einen Abbau der Ursachen der Fluchtbewegung, die Verbesserung der materiellen Bedingungen in der Dritten Welt analog zur Ersten, die Herstellung eines fairen globalen Austauschs und die Finanzierung eines globalen Fonds zur Besserung der Klimabilanz.

► Wie sind die Milliardensummen aufzubringen?

Vergewissern wir uns noch einmal der Dimension des Finanzproblems. Deutschland hat ein BIP von über 3000 Milliarden

Euro, 3 Billionen. Die 44 Mrd Euro für die Flüchtlingsfrage machen 1,4 % des BIP aus. Das Steueraufkommen in Deutschland beläuft sich auf 672 Milliarden Euro im Jahr. Die notwendigen Ausgaben für die Flüchtlinge belaufen sich auf etwas 6 % dieses Steueraufkommens. Das ist nicht wenig, aber durchaus verkraftbar, wenn wir in folgenden Schritten vorgehen:

- Wir haben einen Haushaltsüberschuss aller öffentlichen Hände von insgesamt 19,4 Milliarden Euro. Allein damit ließen sich die Kosten für Flüchtlinge fast zur Hälfte finanzieren.
- Seit 1997 gibt es in Deutschland keine Vermögensteuer. Würde man nur die reichsten 40.000 Haushalte in Deutschland, das reichste Promille der Bevölkerung, mit einer Vermögensteuer von 2% belegen, brächte das jährliche Einnahmen von 30 Milliarden Euro. Eine 5-prozentige Steuer auf alle Millionen-Vermögen würde 140 Milliarden Euro erbringen.
- Würde man den Spitzensteuersatz für Jahreseinkommen von über einer halben Million Euro von jetzt 45 % auf 60% erhöhen, würde das zusätzliche 10 Milliarden Euro jährlich erbringen.
- Der Verteidigungshaushalt liegt bei 34,4 Mrd Euro. Er ist 42 % höher als im Jahr 2000. Die Ministerin will in den nächsten 15 Jahren pro Jahr 8,7 Milliarden Euro allein für neue Waffensysteme investieren, 67 % mehr als derzeit. Insgesamt sind das 130 Milliarden Euro allein für 1500 neue Waffensysteme. Investiert werden vor allem für Panzer und Kampfhubschrauber, die unterschiedlichen militärischen Grundnahrungsmittel für Angriffe in Osteuropa und in den aktuellen Krisengebieten im Nahen Osten und in Afrika. Wir brauchen eine Reduktion des Rüstungshaushalts, um dem Frieden näher zu kommen, ebenso wie, um die nötigen sozialen Aufgaben zu finanzieren.

Zählt man diese Posten zusammen – den Haushaltsüberschuss, die Vermögensteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Reduktion des Rüstungshaushaltes – kommen wir auf weit über 100 Mrd Euro, das Doppelte bis Dreifache dessen, was für eine angemessene Finanzierung der Flüchtlinge gebraucht wird.

Ergebnis: Deutschland hat die finanziellen Mittel, um das Problem zu lösen, ohne deshalb Leistungen für deutsche Bürger kürzen zu müssen. Im Gegenteil, es blieben bei einer gerechteren Besteuerung des Reichtums mächtige Ressourcen für eine bessere Versorgung der Deutschen. Es gibt einen generellen Vorbehalt: Das alles müsste gegen eine Elite und einen Staat durchgesetzt werden, die auf die Sicherung der Vorrechte von Konzernen und Reichen aus sind.

Mit anderen Worten: Eine humanistische Flüchtlingspolitik ist eine politische Kampfaufgabe.

Conrad Schuhler

- ► Quelle: Erstveröffentlich am 19.03.2016 bei isw-München > Artikel [22].
- ► Mehr Informationen und Fragen zur isw:

isw - Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München

Fon 089 – 13 00 41 Fax 089 – 16 89 415

isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de [23] / https://www.facebook.com/iswmuenchen [24]

₋ [25]

► Infos über Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. :

Im Juni 1990 haben kritische Wirtschafts- und SozialwissenschaftlerInnen zusammen mit GewerkschafterInnen in München das isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. gegründet. Seitdem haben wir fast zweihundert Studien und Berichte veröffentlicht.

Das isw versteht sich als Wirtschaftsforschungs-Institut, das alternativ zum neoliberalen Mainstream Analysen, Argumente und Fakten für die wissenschaftliche und soziale Auseinandersetzung anbietet. Unsere Themen und Forschungen beziehen sich deshalb in besonderem Maß auf die "Bedürfnisse" von Gewerkschaften und von sozialen, ökologischen und Friedensbewegungen. Unser Anspruch ist, Wissenschaft in verständlicher Form darzustellen und anschaulich aufzubereiten. Deshalb sind isw-Ausarbeitungen auch besonders geeignet für Unterricht und Schulungsarbeit und als Grundlage für Referate und Diskussionen. Die Mehrheit unserer LeserInnen, AbonnentInnen

und Förder-Mitglieder sind Menschen, die sich in Bewegungen und Gewerkschaften engagieren.

- Im Zentrum unserer wissenschaftlichen Analysen und Forschungsarbeit stehen Fragen und Probleme der Globalisierung, der Bewegung des transnationalen Kapitals, der Rolle und Wirkungen der Multis und transnationalen Institutionen (IWF, WTO, OECD, G7, etc).
- Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt bilden Verteilungsfragen: Einkommens- und Vermögensverteilung, Interdependenz von privatem/gesellschaftlichem Reichtum und Armut.
- Im Rahmen der Friedensforschung befassen wir uns mit Aspekten der Rüstungsökonomie (z.B. Konzentration in der Rüstungsindustrie), der Militärstrategie und Auswirkungen von Rüstung und Krieg.
- Im ökologischen Bereich konzentrieren wir uns auf Fragen der Energiewirtschaft und -konzerne.
- Schließlich beschäftigen wir uns kontinuierlich mit Untersuchungen zur Entwicklung der Sozialsysteme, der Konjunktur- und zyklischen Entwicklung der Weltwirtschaft.

Auf Veranstaltungen und jährlich stattfindenden isw-Foren werden Erfahrungen ausgetauscht, Gegenstrategien diskutiert und Alternativen erarbeitet. Wir freuen uns über Vorschläge und Anregungen, aber auch über solidarische Kritik.

Ein alternatives Projekt wie das isw ist auf aktive Mitarbeit und auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Die materielle Grundlage unserer Arbeit schaffen unsere Leserinnen und Leser. Weder Parteien noch Verbände noch Stiftungen alimentieren uns. Unsere Publikationen finanzieren wir, neben der Selbstausbeutung der Autorinnen und Autoren und der zahlreichen Aktiven im Institut, aus den Beiträgen der rund 1.500 FörderInnen und AbonnentInnen. Wir schaffen derzeit eine plus/minus Null-Bilanz. Eine neue Steuerregelung kostet uns allerdings viel Substanz. Jeder Euro, jedes zusätzliche Fördermitglied [26], jedes zusätzliche Abonnement ist von Bedeutung. Spenden sind in voller Höhe steuerlich absetzbar.

► Publikationen: Hier können Sie einzelne Printpublikationen des isw bestellen - weiter [27].

► Bild- u. Grafikquellen:

1. Osterhasen: Der ist anders als wir. Was machen wir mit dem? Fremdenfeindlichkeit (ursprünglich Xenophobie (griechisch [28] ξενοφοβία "Fremdenangst", von ξένος xénos "Fremder" und φοβία phobía "Angst", "Furcht")), bezeichnet eine ablehnende, ausgrenzende oder feindliche Haltung gegenüber Personen oder Gruppen (siehe auch Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit [29]), die als andersartig gesehen werden. Dabei kann die Ablehnung mit echten, vermeintlichen oder angeblichen sozialen, religiösen, ökonomischen, kulturellen oder ethnischen Unterschieden begründet werden. Weil Fremdenfeindlichkeit damit auch auf Gruppen abzielt, die nicht klassisch mit dem Begriff Ausländer" bezeichnet werden, hat das Wort den Begriff Ausländerfeindlichkeit zunehmend abgelöst.

Foto: Dierk Schäfer. Quelle: Flickr [30]. Verbreitung mit CC-Lizenz Namensnennung 2.0 Generic CC BY 2.0 [31]).

2. Ungarische Soldaten installieren den Grenzzaun in Asotthalom an der Grenze zu Serbien und bestücken ihn mit rasiermesserscharfem Stacheldraht. Die Spitzen des <u>NATO-Drahts</u> [32] werden mittels spezieller Stanzmaschinen als Band gefertigt. Aug. 31: Refugees surging through the Balkans now are racing against Hungarian Prime Minister Viktor Orban's right-wing nationalist government, which has ordered army engineers to erect a 13-foot (4-meter) fence along the border.

Foto: Darko Bandic/Associated Press. Bei <u>Flickr</u> [33] hochgeladen durch Freedom House. Verbreitung mit CC-Lizenz Namensnennung 2.0 Generic (CC BY 2.0 [31]).

3. Die LÉ Eithne (VI), Flaggschiff der irischen Marine rettet Migranten im Rahmen der Triton-Mission (Juni 2015). Triton [34] ist eine Mission der europäischen Agentur Frontex [9], die im Auftrag der EU die Sicherung der europäischen Grenzen in Italien gewährleisten soll. Sie begann am 1. November 2014 und war zunächst bis Dezember 2015 geplant.

Am 23. April 2015 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU auf einem Sondergipfel in Brüssel, die Mittel für die Mission um 26,25 Mio. Euro zu erhöhen und weiteten das Operationsgebiet auf rund 138 Seemeilen südlich von Sizilien aus. Neben einer stärkeren Satellitenüberwachung stehen 3 Flugzeuge, 18 Patrouillenboote und zwei Hubschrauber zur Verfügung. Menschenrechtsorganisationen kritisierten die Beschlüsse des EU-Gipfels dennoch als nicht ausreichend. Der Vorsitzende von Amnesty International in Europa, John Dalhuisen, erklärte, ohne eine Ausweitung des Einsatzgebietes der Mission "werden Migranten und Flüchtlinge weiter ertrinken".

Foto: Irish Defence Forces. Quelle: Flick [35]. Verbreitung mit CC-Lizenz Namensnennung 2.0 Generic CC BY 2.0 [31]).

4. Flüchtlingscamp Röszke [36] in Ungarn an der Grenze zu Serbien, 10. Sept. 2015. So schäbig die Weigerung von rassistischen Regierungen wie der ungarischen ist, Flüchtlinge überhaupt aufzunehmen, so unzumutbar ist es auch für

jeden Menschen, unter desaströsen Verhältnissen in Lagern des ungarischen Staates leben zu müssen. **Foto:** Fotomovimiento > fotomovimiento.org/. **Quelle:** Flickr [37]. **Verbreitung** mit CC-Lizenz Namensnennung - Nichtkommerziell - Keine Bearbeitung 2.0 Generic (<u>CC BY-NC-ND 2.0</u> [38]).

- **5. Texttafel HÄNDLERS DES TODES** Rüstungsexporteure und Waffenlieferanten: DIEHL, EADS, HECKLER & KOCH, KRAUSS MAFFEI-WEGMANN, MAN, RHEINMETALL, SIEMENS, THYSSEN KRUPP. **Grafik:** Wolfgang Blaschka (WOB), München.
- **6. A girl with other residents wades on the flood street** of Barangay Camunatan, Isabela, north of Manila on October 19, 2015. Foto: Noel Celis / IFRC / International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies. **Quelle**: Flickr [39]. **Verbreitung** mit CC-Lizenz Namensnennung Nicht-kommerziell Keine Bearbeitung 2.0 Generic <u>CC BY-NC-ND 2.0</u> [38]).
- **7. Grafik:** "VERNUNFT und LOGIK haben uns von jeher allen möglichen Abgründen näher gebracht: Neid, Gier, Konkurrenz, Intoleranz und Krieg, . ." **Grafikbearbeitung:** Wilfried Kahrs / QPress.
- 8. Wandgraffito "EAT THE RICH". Foto: Tjololo Photo, Ottawa / Canada.. Quelle: Flickr [40]. Verbreitung mit CC-Lizenz Namensnennung Nicht-kommerziell Keine Bearbeitung 2.0 Generic (CC BY-NC-ND 2.0 [38]).

Quell-URL: https://kritisches-netzwerk.de/forum/die-fluechtlingskrise-humanistisch-und-solidarisch-meistern

Links

- [1] https://kritisches-netzwerk.de/user/login?destination=comment/reply/5313%23comment-form
- [2] https://kritisches-netzwerk.de/forum/die-fluechtlingskrise-humanistisch-und-solidarisch-meistern
- [3] https://de.wikipedia.org/wiki/Marine Le Pen
- [4] https://de.wikipedia.org/wiki/Viktor Orb%C3%A1n
- [5] https://de.wikipedia.org/wiki/Donald Tusk
- [6] https://de.wikipedia.org/wiki/Peter Sloterdijk
- [7] https://de.wikipedia.org/wiki/Miriam Meckel
- [8] https://de.wikipedia.org/wiki/Heribert Prantl
- [9] https://de.wikipedia.org/wiki/Frontex
- [10] http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/nettozuwanderung-von-auslaenderinnen-und-auslaendern-im-jahr-2015
- [11] https://de.wikipedia.org/wiki/Reinhard Marx
- [12] https://de.wikipedia.org/wiki/Hoher Fl%C3%BCchtlingskommissar der Vereinten Nationen
- [13] https://www.proasyl.de/
- [14] https://de.wikipedia.org/wiki/Global Peace Index
- [15] https://en.wikipedia.org/wiki/Institute_for_Economics_and_Peace
- [16] https://de.wikipedia.org/wiki/Human_Development_Index
- [17] https://de.wikipedia.org/wiki/Entwicklungsprogramm_der_Vereinten_Nationen
- [18] https://de.wikipedia.org/wiki/Organisation f%C3%BCr wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- [19] https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsches_Institut_f%C3%BCr_Wirtschaftsforschung
- [20] https://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_St%C3%A4dtetag
- [21] https://de.wikipedia.org/wiki/George_Soros
- [22] https://isw-muenchen.de/2016/03/wie-wir-es-wirklich-schaffen-koennen-die-fluechtlingskrise-humanistisch-und-solidarisch-zu-meistern/
- [23] http://www.isw-muenchen.de
- [24] https://www.facebook.com/iswmuenchen
- [25] http://www.isw-muenchen.de/
- [26] http://isw-muenchen.de/foerdermitglied/
- [27] http://isw-muenchen.de/publikationen/
- [28] https://de.wikipedia.org/wiki/Neugriechische Sprache
- [29] https://de.wikipedia.org/wiki/Gruppenbezogene_Menschenfeindlichkeit
- [30] https://www.flickr.com/photos/dierkschaefer/4468710119/
- [31] https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.de
- [32] https://de.wikipedia.org/wiki/NATO-Draht
- [33] https://www.flickr.com/photos/syriafreedom/21238210646/
- [34] https://de.wikipedia.org/wiki/Triton_%28Operation%29
- [35] https://www.flickr.com/photos/dfmagazine/18813563216/in/album-72157654599285615/
- [36] https://de.wikipedia.org/wiki/R%C3%B6szke
- [37] https://www.flickr.com/photos/acampadabcnfoto/21339392141/
- [38] https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/deed.de
- [39] https://www.flickr.com/photos/ifrc/22316501652/in/album-72157617085734210/
- [40] https://www.flickr.com/photos/tjololo_photo/5155910714/